



73. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses

Gremium: Hauptausschuss
Sitzungstermin: Mittwoch, 28.02.2018, 17:00 Uhr
Ort, Raum: R. 280 a, Stadthaus

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung**

- 2 **Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 14.02.2018**

- 3 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**
 - 3.1 Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt Potsdam 2018/2019
 - 3.1.1 Bürgerhaushalt Potsdam 2018/19 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 3: Keine städtische Förderung für Religionsprojekte
17/SVV/0821 Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
 - 3.1.2 Bürgerhaushalt Potsdam 2018/19 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 8: Kostenloser öffentlicher Nahverkehr für Potsdam
17/SVV/0826 Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
 - 3.1.3 Bürgerhaushalt Potsdam 2018/19 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 11: Rechenzentrum langfristig sichern (Aussetzung Sanierungsziel "Abriss")
17/SVV/0829 Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

- | | | |
|-------|---|---|
| 3.1.4 | Bürgerhaushalt Potsdam 2018/19 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 14 - Festanstellungen und Honorarerhöhung für Kursleiter der Volkshochschule
17/SVV/0835 | Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung |
| 3.2 | Norden Potsdams fährt weiter mit dem Bus zum Hauptbahnhof
17/SVV/0979 | Winfried Sträter, Ortsvorsteher Groß Glienicke |
| 3.3 | Marktplatz im Kirchsteigfeld
18/SVV/0053 | Fraktion Bündnis 90/Die Grünen |
| 3.4 | Digitale Bildung zukunftsweisend gestalten
18/SVV/0060 | Fraktion Bündnis 90/Die Grünen |
| 3.5 | Grundschüler für ÖPNV begeistern
18/SVV/0061 | Fraktion Bündnis 90/Die Grünen |
| 3.6 | Denkmal für die Friedliche Revolution in Potsdam zum 30. Jahrestag der Demonstration vom 4. November 1989
18/SVV/0063 | Fraktion Bündnis 90/Die Grünen |
| 3.7 | Oberbürgermeisterwahl 2018
18/SVV/0069 | Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (zur Erledigung) |

4 Verständigung zur Einwohnerfragestunde

5 Mitteilungen der Verwaltung

- | | |
|-----|--|
| 5.1 | Berichterstattung Potsdamer Tafel gemäß Beschluss: 18/SVV/0056 |
|-----|--|

6 Sonstiges

Nicht öffentlicher Teil

- | | | |
|---|---|---|
| 7 | Feststellung der nicht öffentlichen Tagesordnung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des nicht öffentlichen Teils der Sitzung vom 14.02.2018 | |
| 8 | Verkauf eines Grundstücks in Potsdam, Kirschallee
18/SVV/0105 | Oberbürgermeister, Fachbereich Rechnungswesen und Steuern |

9 Mitteilungen der Verwaltung

9.1 Stand der kommunalen Immobilienverkäufe Oberbürgermeister, Fachbereich
2017 zum 31.12.2017 Rechnungswesen und Steuern
18/SVV/0123

10 Sonstiges

**Einwohnerfragestunde in der
38. öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
am 07. März 2018 - eingereichte Fragen**

1. Thema/Hauptfrage:

Vor 1 oder 2 Jahren hat die Stadt eine Firma beauftragt, den Zustand der Straßen, insbesondere um Winterschäden zu lokalisieren, digital zu erfassen.

Unterfrage:

Mich interessiert, wie dieser Ansatz mittlerweile eingeschätzt wird: sinnvoll?

Falls nicht sinnvoll, wieso nicht?

Wurde eine Kosten-/Nutzung-Rechnung vorgenommen?

Sind die Daten von damals inzwischen veraltet?

Wenn ja, wird ein Nachfolgeauftrag vergeben?

Fragestellerin: Bettina Schnor
Florastraße 30
14469 Potsdam

2. Thema/Hauptfrage:

strittige Formulierungen in der Kita-Satzung.

Laut Kita-Satzung von 2016, §7 "Elterneinkommen", Absatz (2) sind von den Einnahmen aus nichtselbständiger Arbeit "Aufwendungen für die Wege zwischen Wohnung und regelmäßiger Arbeitsstätte" abzuziehen. Leider konnte ich mit dem Träger des Horts kein gemeinsames Verständnis entwickeln, welcher Teil der Aufwendungen gemeint ist. Ich bitte daher um eine Klarstellung.

Unterfrage:

1) Sind die bei der Einkommensteuer geltend gemachten Kosten, die steuerlich absetzbaren Kosten oder sind die tatsächlichen Kosten abzuziehen?

Unterfrage:

2) Für den Fall, dass beim Punkt 1) die tatsächlichen Kosten gemeint sind, möchte ich noch folgende Nachfrage formulieren: Gibt es (seitens der Stadt) bzgl. Art und Weise oder Umfang des Nachweises dieser Kosten irgendwelche Vorgaben, Rahmenbedingungen oder Orientierungslinien für die Eltern und die Träger?

Unterfrage:

3) Laut Kita-Satzung von 2016, §7 "Elterneinkommen", Absatz (1) gehören "Einnahmen, die dem Kind zustehen, nicht zum Elterneinkommen im Sinne der Satzung". Leider konnte ich mit dem Träger des Horts kein gemeinsames Verständnis entwickeln, welche Einkommensarten hier gemeint sein könnten. "Einnahmen, die dem Kind zustehen" scheint auch kein gängiger rechtlicher Begriff zu sein.

Ich bitte um Erläuterungen, vielleicht an Hand von Beispielen, auf welche Einkommensarten hier abgezielt wird bzw. nicht abgezielt wird. Von besonderem Interesse ist der Kita-

Zuschuss des Arbeitgebers, der zusätzlich zum Gehalt gezahlt wird und ausschließlich für Kita-Gebühren verwendet werden kann, teilweise sogar direkt an die Einrichtungen gezahlt wird.

Fragesteller: Jochen Heinrich
Käthe-Kollwitz-Str. 25
14478 Potsdam

3. Thema / Hauptfrage:

Warum steht das schöne alte Haus in der Großbeerenstraße Ecke August-Bebel-Straße, gegenüber dem Filmgymnasium seit langem ungenutzt leer und ist dem zunehmendem Verfall preisgegeben?

Wer ist dafür verantwortlich?

Fragesteller: Dr. Gottfried Lindner
Hubertusdamm 46
14480 Potsdam

4. Thema/Hauptfrage:

Falsche Angaben im Koul zur Störung im FFH Gebiet obere Wublitz, OT Marquard Ausbau. In der Sitzung des KOUL am 17.10.2013 wurde über die Störungen im FFH Gebiet obere Wublitz Informationen ausgetauscht. Dabei hatte der damalige Ausschussvorsitzende, Pete Heuer, die Position der Verwaltung eingenommen, dass die Vergehen nicht im FFH Gebiet lägen.

Auf die kl. Anfrage 18/SVV/0066 antwortete die Verwaltung nunmehr, dass die LH Potsdam Ersatzvornahmen getätigt hat.

Unterfrage:

1) Wie kam es zu der ursprünglich in einer öffentlichen Sitzung des KOUL geäußerten verdrehenden und die Wahrheit verkennenden Meinung der Verwaltung?

Unterfrage:

2) Hatte die Verwaltung seinerzeit keine Hinweise auf die richtige Lage von der Oberen Naturschutzbehörde oder von anderer Stelle erhalten?

Unterfrage:

3) Aus welchen guten Gründen hatte der Vorsitzende des KOUL seinerzeit diese falsche Meinung, die dem Störer in einem unschuldigen Licht dargestellten, geteilt?

Unterfrage:

4) Welche Schlüsse zieht die Verwaltung aus ihrer damaligen Fehleinschätzung für zukünftige ähnlich gelagerte Fälle?

Unterfrage:

5) Wie geht die Verwaltung mit der weiterhin zu beobachtenden Störungen um?

Fragesteller: Andreas Menzel
An der Kirche 14
14476 Potsdam OT Groß Glienicke

5. Thema/Hauptfrage:

Umgang mit Kunstwerken im öffentlichen Raum hier: Voltaire-Lessing-Ehrung am Neustädter Havelufer, geschaffen von Rainer Sperl Anfang der 1990er Jahre.

1991 schuf der Künstler und Galerist Rainer Sperl die „Voltaire-Lessing-Ehrung“, 1992 wurde es an der Neustädter Havelbucht (zw. Moschee und der Seniorenresidenz Havelpalais ProCurand) aufgestellt.

Seit Jahren gibt es erhebliche Vandalismus-Schäden.

Es fehlen z.B. auf den Säulen die Plaketten, die Voltaire und Lessing zeigen sowie die Darstellung der Feder.

Kaum einer weiß seither, was diese Säulenstümpfe und Sandsteinquader bedeuten.

Am 19.9.17 organisierte der Verein Brandenburger Vorstadt in den Räumen der Erlösergemeinde einen Vortrag des Bauhistorikers Thomas Sander zum ursprünglichen „Marquisat an der Havelbucht“.

Voltaire und Lessing sollen in diesem Gebäude einst zeitweilig gelebt haben daher als Reminiszenz die „Voltaire-Lessing-Ehrung“. Rainer Sperl war bei dem gut besuchten Vortrag ebenfalls anwesend und wies darauf hin, dass er noch in Besitz der Gipsmodelle ist.

Vorschläge:

- Versetzen des Ensembles an das Havelpalais mit entsprechender Beleuchtung und damit einer besseren Sichtbarkeit sowie „Schutz“ vor weiterem Vandalismus und Verschmutzung (Graffiti, Müll...)
- Sanierung mit Anbringung der Plaketten etc.
- Anbringen einer Info-Tafel mit korrektem Text

(www.potsdam.de/content/voltaire-lessing-ehrung-rainer-sperl-1992 -- i.Ggs. dazu vgl.: Th. Sander: „Das Marquisat in der Brandenburger Vorstadt“ in: *Mitteilungen der Studiengemeinschaft Sanssouci e.V.*, 2016, 21, S. 16ff)

Unterfrage:

1) Wieso wird ein Kunstwerk, das zu „Kunst im öffentlichen Raum“ gehört, derart vernachlässigt?

Unterfrage:

2) Wann kann die Voltaire-Lessing-Ehrung wieder hergestellt werden?

Unterfrage:

3) Wären o.g. Vorschläge umsetzbar? Und wenn ja,

Unterfrage:

4) innerhalb welchen Zeitraumes?

Fragesteller: Dr. Sabine Albrecht
Meistersingerstr. 4
14471 Potsdam

6. Thema/Hauptfrage

Wie geht es weiter am Groß Glienicker Seeufer?

Unterfrage:

1. welcher Wegabschnitt wird in 2018 geplant und gebaut?

Unterfrage:

2. laut Uferwegplan ist ein Stichweg von der Straße "Am Seeblick" zum Südufer geplant, damit wäre eine Verbindung zur Landhausstraße entlang des Ufers umsetzbar.

Welche Probleme müssen dort noch gelöst werden?

Unterfrage:

3. Wie weit ist die Planung für eine Fortführung des Uferweges zur Spandauer Uferzone?

Unterfrage:

4. Nach der ersten Entscheidung der Enteignungsbehörde im Dez 2017 war von der Stadt in Aussicht gestellt, dass die weiteren 20 Entscheidungen zeitnah, Anfang des Jahres 2018 erfolgen. Wenn zu erwarten ist, das mindestens 8 Jahre vergehen, bis das erste Verfahren alle Gerichtsinstanzen durchlaufen hat, stellt sich die Frage:

Was unternimmt die Stadt, um alle Verfahren auf den Weg zu bringen und nicht im Wartezustand zu verharren?

Fragesteller:

Matthias Frey
Verein "Freies Groß Glienicker Seeufer!" e.V.
Vorsitzender
Potsdamer Chaussee 17C
14476 Potsdam OT Groß Glienicke



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

17/SVV/0821

öffentlich

Betreff:

Bürgerhaushalt Potsdam 2018/19 ¿TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger¿, Nummer 3: Keine städtische Förderung für Religionsprojekte

Einreicher: Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung	Erstellungsdatum	20.10.2017
	Eingang 922:	20.10.2017

Beratungsfolge:		
Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
08.11.2017	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Landeshauptstadt Potsdam stellt keine finanziellen Mittel für die Förderung von religiösen Projekten oder Aktivitäten zur Verfügung.

Vorsitzende
der Stadtverordnetenversammlung

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen? Ja Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Der Vorschlag wurde im Bürgerhaushalt 2018/19 der Landeshauptstadt Potsdam eingereicht. Er erhielt von den Potsdamerinnen und Potsdamern bei der abschließenden Votierung insgesamt 6.229 Punkte, wurde unter der Nummer 3 in die "Top 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger" aufgenommen und am 8. November 2017 der Stadtverordnetenversammlung übergeben.

Anlage:**Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam (Stand August 2017):**

Die Landeshauptstadt finanziert keine religiösen Bauten, weder den Wiederaufbau der Garnisonkirche, noch den Bau der Synagoge oder einer Moschee. In der Rechtsprechung ist jedoch geklärt, dass Maßnahmen positiver Religionspflege zulässig sind. Religionsgemeinschaften und Weltanschauungsvereinigungen sind als gesellschaftlich wirksame Kräfte von Relevanz für den staatlichen und kommunalen Rechtsraum, so dass eine staatliche Unterstützung von deren Wirken erfolgen darf. In diesem Zusammenhang werden vereinzelt Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt und religiöse Projekte gefördert, zum Beispiel zur Wahrung der öffentlichen Ordnung oder aus Gründen der Umsetzung von Stadterneuerungsmaßnahmen.

Kosten der Umsetzung:

Da die Landeshauptstadt keine religiösen Bauten fördert, hat der Vorschlag keine finanziellen Auswirkungen. Zur Wahrung der öffentlichen Ordnung finanzierte die Landeshauptstadt im Jahr 2017 übergangsweise einen Raum in der Biosphäre Potsdam zur Durchführung von Freitagsgebeten der Muslimischen Gemeinde. Voraussichtlich ab Herbst 2017 kann der Verein der Muslime Potsdam ein ehemaliges Heizhaus in der Joliot-Curie-Straße als Gebetsraum mieten und so den direkt gegenüberliegenden Standort der Al-Farouk-Moschee Am Kanal erweitern. Vorgesehen ist, dass die Landeshauptstadt die Halle von der Energie und Wasser Potsdam GmbH (EWP) überlassen bekommt und diese dann an den Verein vermietet.

Originalvorschlag:

Nr. 41 - Keine städtischen Gelder für Religionsprojekte

Keine städtischen Gelder für religiöse Bauten und andere religiöse Projekte. Ergänzung (24.6.2017): Konkrete Projekte und Vorhaben sind: Der Wiederaufbau der Potsdamer

Garnisonkirche, der Bau einer Synagoge, der Bau einer Moschee. Religion ist Privatsache. Über 80 % der Potsdamer Bevölkerung gehören keiner Religion an. Dieser große Anteil hat kein Interesse an Gebäuden und an der Durchführung von Veranstaltungen ausschließlich für nichtreligiöse Menschen. Nur unter 20 % der Potsdamer Bevölkerung sind religiös. Für diesen Anteil stehen schon einige Kirchen zur Verfügung, die oft leer stehen. Sie könnten bei Bedarf teilweise für andere Religionen umgewidmet werden. Es ist wichtig, dass in Potsdam auch die Interessen konfessionsfreier Menschen gewahrt und geachtet werden. Sie sind nicht organisiert und haben keine Lobby.



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

17/SVV/0826

öffentlich

Betreff:

Bürgerhaushalt Potsdam 2018/19 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 8:
Kostenloser öffentlicher Nahverkehr für Potsdam

Einreicher: Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der
Stadtverordnetenversammlung

Erstellungsdatum 20.10.2017

Eingang 922: 20.10.2017

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung

Gremium

Zuständigkeit

08.11.2017

Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs in der Landeshauptstadt Potsdam ist kostenlos.

Vorsitzende
der Stadtverordnetenversammlung

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen? Ja Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Der Vorschlag wurde im Bürgerhaushalt 2018/19 der Landeshauptstadt Potsdam eingereicht. Er erhielt von den Potsdamerinnen und Potsdamern bei der abschließenden Votierung insgesamt 4.573 Punkte, wurde unter der Nummer 8 in die "Top 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger" aufgenommen und am 8. November 2017 der Stadtverordnetenversammlung übergeben.

Anlage:**Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam (Stand August 2017):**

Im Rahmen der Beschlussvorlage „Masterplan 100% Klimaschutz“ wird unter anderem ein sogenanntes „Bürgerticket“ geprüft. Die Idee ist kein kostenloser Nahverkehr, sondern ein Umlage für alle Potsdamerinnen und Potsdamer. Welche Bedingungen dabei berücksichtigt werden müssen, gehört ebenso zur Prüfung wie die finanziellen Auswirkungen.

Überlegungen zu einem kostenlosen Nahverkehr sind in den letzten Jahren regelmäßig nicht weiter verfolgt worden. Die finanziellen Auswirkungen sind zu groß und die erhofften Effekte lassen sich nicht prognostizieren bzw. wurden in allen Städten, in denen es versucht wurde, nicht erreicht.

Die Fahrgeldeinnahmen sind zum Erhalt des Betriebsangebotes aus heutiger Sicht zwingend erforderlich. Ein Verzicht auf diese Einnahmen kann unter den bestehenden Bedingungen nur durch Angebotsreduzierungen oder eine deutliche Erhöhung der städtischen Zuschüsse kompensiert werden. Die sich ergebenden Einnahmeverluste wären dann von der Stadt zu leisten. Die genaue Höhe des Fehlbetrages müsste detailliert ermittelt werden.

Originalvorschlag:

>> Der Vorschlag wurde nach der Priorisierung vom Redaktionsteam, in dem Vertreter der Bürgerschaft und Verwaltung tätig waren, aus mehreren Vorschlägen zusammengefasst:

Nr. 803 - Kostenloser Nahverkehr für Potsdam

Im Rahmen meiner Facharbeit habe ich mich mit dem Thema Schadstoffbelastung in Potsdam und ob und wie dieses sich lösen lässt beschäftigt. Eins meiner Hauptthemen war kostenloser Nahverkehr. Durch eine kleine Umfrage zum Thema kostenloser Nahverkehr bin ich zu dem Schluss gekommen, dass dies die Attraktivität des Nahverkehrs erhöhen würde und 69% der Befragten auf diesen umsteigen würden (täglich). Dies würde 350 km und damit 386 Gramm Kohlendioxid und 28 Gram Stickoxide einsparen und dies bei bereits 13 Autofahrern. Aber gleichzeitig muss auch an den Busverbindungen und Umsteigemöglichkeiten gearbeitet werden. Beispielsweise wird am

Ortseingang Potsdam (B273, Höhe Zahnarzt) für den Nahverkehr geworben, aber es gibt keine Park&Ride-Plätze für die Autos. Die Finanzierung spielt dabei natürlich eine wichtige Rolle und war ebenfalls Bestandteil meiner Arbeit. Zuerst will ich klarstellen, welche Kosten beim ÖPNV wegfallen würden: Einerseits natürlich Personal (Fahrkartenkontrolleure, -Verkäufer und Wartungen an den dann nicht mehr nötigen Automaten), aber auch Material (Fahrkarten, Automaten, Wartungskosten). Eine Finanzierungsmöglichkeit ist eine weitere Erhöhung der Parkplatzkosten in der Innenstadt und diese dann dem ÖPNV zu geben. Ebenfalls muss die Stadt Potsdam jährlich viel Geld als Strafe zahlen, da die Schadstoffwerte zu hoch sind. Wenn diese Werte sinken, kann das Geld in die Finanzierung fließen sowie weitere Fördermittel.

Nr. 236 - Kostenloser Nahverkehr

Löst die Probleme Umweltverschmutzung, Parkplatznot und Verkehrsstau sofort. Geldersparnis für Verkauf und Kontrolle von Tickets. Verbesserung im Leben von Bürgern und Touristen bei der Erreichung innerstädtischer Ziele.

Nr. 836 - Nahverkehr in Potsdam kostenlos

Wenn die öffentlichen Verkehrsmittel kostenlos benutzt werden könnten, wäre ein riesiger Beitrag für eine saubere Luft geschaffen und wesentlich mehr Menschen würden das Auto stehen lassen.

Nr. 769 - Kostenloser Öffentlicher Nahverkehr

In Templin gab oder gibt es meiner Erinnerung nach mal einen öffentlichen Nahverkehr, der kostenlos war oder ist und sich trotzdem rechnet. Das würde auch Potsdams Verkehrschaos entlasten und auch die Straßenreparaturen müssten weniger häufig stattfinden.

Nr. 825 - Kostenpauschale aller Potsdamer für Nahverkehr

Um den ÖPNV attraktiver für Nichtnutzer zu machen, um den Nutzer finanziell zu entlasten und insgesamt eine Motivation zur Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs zu steigern, sollte es eine Pauschale für jeden Potsdam (ab 18) in Höhe von bspw. 5 Euro pro Monat geben, mit der man dann den kompletten ÖPNV nutzen kann. Jeder Einwohner (gemeldet) erhielte dann eine Nutzungskarte. Touristen und Gäste etc zahlten den normalen Ticketpreis. Auch Autofahrer, die im Sinne aller Potsdamer die Pauschale zahlen, würden so öfter den ÖPNV nutzen, da sie nichts extra bzw. zusätzlich zahlen müssten.



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

17/SVV/0829

öffentlich

Betreff:

Bürgerhaushalt Potsdam 2018/19 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 11:
Rechenzentrum langfristig sichern (Aussetzung Sanierungsziel "Abriss")

Einreicher: Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung	Erstellungsdatum	20.10.2017
	Eingang 922:	20.10.2017

Beratungsfolge:		
Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
08.11.2017	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Das Rechenzentrum wird als Begegnungsort, Ideenschmiede, Zukunftslabor und Wirtschaftsfaktor am jetzigen Standort erhalten.

Notwendige Investitionen und deren Refinanzierung erfordern eine Nutzung des Hauses von mindestens 20 bis 25 Jahren.

Um diese wichtigen Schritte umsetzbar zu machen, ist die Aussetzung des bisherigen Sanierungsziels „Abriss“ notwendig.

Vorsitzende
der Stadtverordnetenversammlung

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Lesen Sie auch:

Pressemitteilung Nr. 576 vom 31.08.2017 "Finanzierung Mehrbedarf Rechenzentrum: Landeshauptstadt trägt Mehraufwand zum Parallelbetrieb von Rechenzentrum und Garnisonkirchenturm von bis zu 460.000 Euro" (<http://www.potsdam.de/576-finanzierung-mehrbedarf-rechenzentrum>)

Originalvorschlag:

Der Vorschlag wurde nach der Priorisierung vom Redaktionsteam, in dem Vertreter der Bürgerschaft und Verwaltung tätig waren, aus mehreren Vorschlägen zusammengefasst:

Nr. 780 - Langfristige Sicherung des Rechenzentrums für die Kreativwirtschaft

Die Nutzerinnen und Nutzer des Kunst- und Kreativhauses Rechenzentrum brauchen für ihre kreativwirtschaftlichen Existenzen Planungssicherheit. Nach eineinhalb Jahren Zwischennutzung kristallisiert sich die zwingende Langfristigkeit des Hauses heraus: Aus Büroräumen wurden Ateliers, Werkstätten und Studios. Hunderte Kreative aus Design, Text, Film, Musik, Bildende Kunst und Theater entwickeln inmitten der Stadt ihre Projekte, machen Geschäfte und kollaborieren. Regelmäßig laden Offene Ateliers, Ausstellungen, Vorträge, Konzerte und andere Anlässe in das Gebäude mit dem Mosaik »Der Mensch bezwingt den Kosmos«.

Das Rechenzentrum ist Begegnungsort, Ideenschmiede, Zukunftslabor und Wirtschaftsfaktor. Es ist ein Ort für die ganze Stadt und ihre Zukunft. Eine Alternative zum Rechenzentrum ist weder in Sicht, noch ist die Verlängerung der Nutzungsdauer sicher. Diese endet bislang am 31. August 2018. Um die 250 Existenzen, die mittlerweile verteilt auf fünf Etagen mit über 5000 m² Nutzfläche an das Haus gebunden sind, zu sichern, braucht das Rechenzentrum eine langfristige Perspektive. Und auch die Stadt kann durch das Haus sein kreatives, künstlerisches und zukunftsfähiges Potential zeigen. Im Rechenzentrum werden Formen einer digitalisierten, flexibilisierten Arbeitswelt erprobt - für ein zukunftsfähiges Potsdam.

Wir benötigen für dringend notwendige Sanierungsarbeiten Planungssicherheit. Die Investitionen und deren Refinanzierung erfordern eine Nutzung des Hauses von mindestens 20 bis 25 Jahren. Um diese wichtigen Schritte umsetzbar zu machen, fordern wir die Aussetzung des bisherigen Sanierungsziels "Abriss".

Nr. 396 - Rechenzentrum dauerhaft erhalten

Beim Rechenzentrum ist eine erfolgreiche Nachnutzung geglückt. Daher dessen Bestand bitte dauerhaft sichern (für Ateliers und falls das irgendwann nicht mehr ausreichend nachgefragt sein sollte auch weitere Nachnutzungen). Ein Nebeneinander mit einem Ort des Erinnerns an die unsägliche Geschichte der ehemaligen Garnisonkirche ist möglich. Kein Neubau der Kirche! Die städtebauliche Wegwerf- und Geldverschwendungsmentalität der Mehrheit der Potsdamer Politiker zerstört Werte und kulturelle Vielfalt, die Potsdam so dringend nötig hat.



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

17/SVV/0835

öffentlich

Betreff:

Bürgerhaushalt Potsdam 2018/19 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 14 - Festanstellungen und Honorarerhöhung für Kursleiter der Volkshochschule

Einreicher: Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung	Erstellungsdatum	20.10.2017
	Eingang 922:	20.10.2017

Beratungsfolge:		
Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
08.11.2017	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Für Kursleitende mit einer hohen Anzahl von Unterrichtsstunden werden Teilzeit- oder Vollzeitstellen geschaffen. Für andere Kursleitende wird eine Erhöhung des Honorars nach den Maßgaben des BAMF für Lehrkräfte von Integrationskursen von 2016 vorgenommen. Weiterhin sollen Kursleitende, in Abhängigkeit der Stundenzahl, stufenweise Zuschüsse von bis zu 50 % zu den Sozialbeiträgen sowie Krankengeld im Krankheitsfall und bezahlten Urlaub erhalten.

Vorsitzende
der Stadtverordnetenversammlung

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen? Ja Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Der Vorschlag wurde im Bürgerhaushalt 2018/19 der Landeshauptstadt Potsdam eingereicht. Er erhielt von den Potsdamerinnen und Potsdamern bei der abschließenden Votierung insgesamt 2.139 Punkte, wurde unter der Nummer 14 in die "Top 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger" aufgenommen und am 8. November 2017 der Stadtverordnetenversammlung übergeben.

Anlage:**Einschätzung der Landeshauptstadt Potsdam (Stand August 2017):**

Die Volkshochschularbeit basiert auf freiberuflicher Kursleitertätigkeit. Grundlage allen pädagogischen Handelns ist seit ihrer Gründung die Zusammenarbeit mit Menschen aus der Mitte der Gesellschaft, die ihr Wissen und Können im Rahmen einer freien und nebenberuflichen Tätigkeit ihren Mitbürgern vermitteln wollen. Dieses Grundprinzip will die Volkshochschule (VHS) im Interesse eines offenen und inhaltlich attraktiven Programms aufrechterhalten. Die stufenweise Erhöhung des Honorars von 22,50 auf 30,00 Euro (Stadtverordnetenversammlung vom 03.12.2014) hat die Situation der Kursleitenden grundlegend verbessert. Mit dem Integrationskursbereich hat die VHS politisch Verantwortung übernommen. Die Arbeitsbedingungen für die Kursleitenden sind gut und werden von den Kursleitenden geschätzt. Es stehen der VHS aktuell ausreichend qualifizierte Lehrkräfte zur Verfügung.

Kosten der Umsetzung:

Eine Honorarerhöhung auf 35,00 Euro würde zusätzliche Mittel in Höhe von rund 65.000 Euro pro Jahr erfordern.

Originalvorschlag:

Nr. 720 - Festanstellungen und Honorarerhöhung für Kursleiter der VHS

Qualifizierte VHS-DozentInnen sind Voraussetzung für eine gute Bildungs- und Integrationsarbeit. Sie gewährleisten die berufliche Weiterbildung (Sprach- und EDV-Kurse), vermitteln Grundbildung (Lesen, Schreiben, Rechnen für Erwachsene) und schulern die Integrationsarbeit von Migranten und Flüchtlingen in der Stadt Potsdam. Dabei geben viele von ihnen mehr Unterrichtsstunden als Lehrer an Brandenburgs Schulen. Die soziale und finanzielle Lage der KursleiterInnen ist jedoch prekär.

Als Honorarkräfte...

- müssen sie ihre Sozialversicherungen zu 100% selbst bezahlen.

- können viele die Pflichtbeiträge zur Deutschen Rentenversicherung nicht aufbringen – Altersarmut ist eine reale Bedrohung
- sind sie nicht arbeitslosenversichert
- haben sie totalen Verdienstaustausch bei Krankheit, Kursausfall und Ferien — oft müssen sie dann Hartz IV beantragen
- haben sie kein Recht auf Mutterschutz oder bezahlten Urlaub
- sind sie nicht kreditwürdig und haben Nachteile auf dem Wohnungsmarkt
- können sie die Vor- und Nachbereitung sowie die eigene berufliche Weiterbildung nicht abrechnen

Seit 2014 haben deshalb viele langjährige Dozenten die VHS Potsdam verlassen, um in Bereichen zu arbeiten, die mehr soziale Sicherheit und Planbarkeit für sie und ihre Familien bieten. Gut ausgebildete und erfahrene Lehrkräfte gehen der Volkshochschule dadurch regelmäßig verloren.

Deshalb unser Vorschlag:

- Für Kursleitende mit einer hohen Anzahl von Unterrichtsstunden sollen Teilzeit- oder Vollzeitstellen geschaffen werden, um so eine rechtliche Gleichstellung mit anderen Arbeitnehmern der VHS und der Stadtverwaltung Potsdam zu schaffen.
- Für andere Kursleitende die Erhöhung des Honorars nach den Maßgaben des BAMF für Lehrkräfte von Integrationskursen von 2016. Weiterhin sollen Kursleitende in Abhängigkeit der Stundenzahl stufenweise Zuschüsse von bis zu 50% zu den Sozialbeiträgen sowie Krankengeld im Krankheitsfall und bezahlten Urlaub erhalten.

Die Landeshauptstadt Potsdam hat sich in den letzten Jahren sehr positiv entwickelt, was sich nicht zuletzt im Haushalt widerspiegelt. Ihre Bürgerinnen und Bürger erwarten zu Recht hochqualifizierte, motivierte und engagierte Lehrkräfte, die durch ihre Arbeit mit den Kursteilnehmern zu einem positiven Image der Stadt Potsdam beitragen. Wir Kursleitende erwarten dafür eine angemessene und qualifikationsgerechte Bezahlung, damit wir würdig in Potsdam leben, arbeiten und für das Alter vorsorgen können. Damit wäre sichergestellt, dass auch in Zukunft qualitativ hochwertige Arbeit in der Erwachsenenbildung geleistet wird.



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

17/SVV/0979

öffentlich

Betreff:

Norden Potsdams fährt weiter mit dem Bus zum Hauptbahnhof

Einreicher: Winfried Sträter, Ortsvorsteher Groß Glienicke	Erstellungsdatum	28.12.2017
	Eingang 922:	28.12.2017

Beratungsfolge:		
Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
31.01.2018	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Potsdam wird als Gesellschaftervertreter der Landeshauptstadt Potsdam für die VIP GmbH beauftragt, in einer zeitnah einzuberufenden Gesellschafterversammlung der VIP die Weisung zu geben, den Bus 638 wie gewohnt bis und vom Hauptbahnhof Potsdam auch nach der Fahrplanumstellung 12-2017 fahren zu lassen. Der Havelbus GmbH ist die Fahrt des Bus 604 bis zum/vom Hauptbahnhof Potsdam für alle von ihren Kunden gewünschten Fahrten auf dem Territorium der LH Potsdam zu erstatten.

Der Ortsbeirat von Groß Glienicke schließt sich der Stellungnahme und Bitte des Potsdamer Beauftragten für Menschen mit Behinderungen vom 06.11.2017 (s. Anlage) voll inhaltlich an und bittet die Stadtverordnetenversammlung in diesem Sinne die Behinderung des Umsteigens für gehandicappte Bürgerinnen und Bürger und die für jeden zeitraubende Umstiegszwang aufzuheben, die Busse 638 und 604 bis vom Hbf Potsdam wieder durchfahren zu lassen.

gez. Winfried Sträter
Ortsvorsteher

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Der Ortsbeirat Groß Glienicke hat in seiner 33. öffentlichen Sitzung am 19.12.2017 mit Stimmenmehrheit beschlossen (DS 17/OBR/0166), diese den Ortsteil betreffende Angelegenheit der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung vorzulegen (gemäß § 46 Abs. 2 BbgKVerf).

904
Richter

06.11.2017

Bereich Verkehrsentwicklung
Herr Pfefferkorn

**Stellungnahme zu Fahrplanänderung Buslinie 638
durch den Beauftragten für Menschen mit Behinderung**

Sehr geehrter Herr Pfefferkorn,

mit der Fahrplanänderung zum Dezember 2017 soll die Verbindung Berlin-Spandau Rathaus– Potsdam Hbf bzw. Potsdam Hbf – Berlin-Spandau Rathaus mit der Buslinie 638 nicht mehr ohne Umsteigen möglich sein (ausgenommen Verbindungen zum Schülertransport).

Jeder Umstieg ist für Menschen mit Beeinträchtigungen (vor allem mit körperlichen sowie Sinnesbeeinträchtigungen) mit Aufwand sowie Unsicherheit verbunden. Da die Linie einen gewissen Anteil von Menschen mit Schwerbehinderungen aufweist (4,2%), sollte aus meiner Sicht weiterhin auch tagsüber ein entsprechendes Angebot ohne Umsteigen angeboten werden.

Da in der Straßenbahn mehr Sondernutzstellflächen als im Bus vorliegen, tritt für die Fahrt von Potsdam nach Berlin-Spandau des Weiteren die Schwierigkeit auf, dass ggf. nicht alle Personen, die auf die Sondernutzstellfläche angewiesen sind (Rollstuhl- und Rollatorfahrende sowie Familien mit Kinderwagen), im Bus ab Campus Jungferensee nach Rathaus Spandau mitgenommen werden können. Da die Haltestelle Campus Jungferensee außerhalb eines Wohngebietes liegt, steht dem Sicherheitsgefühl der einzelnen Person (gerade in den Wintermonaten) die ggf. längere Wartezeit gegenüber.

Ich würde Sie daher bitten, meine Stellungnahme bei den weiteren Gesprächen zur Fahrplangestaltung zu berücksichtigen sowie ein entsprechendes Angebot ohne Umsteigen vorzuhalten.

Vielen Dank.

Für Rückfragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

C. Richter
- Beauftragter für Menschen mit Behinderung -



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

18/SVV/0053

öffentlich

Betreff:

Marktplatz im Kirchsteigfeld

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Erstellungsdatum 15.01.2018

Eingang 922:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
31.01.2018	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister möge veranlassen, den Marktplatz am Kirchsteigfeld für öffentliche und angemeldete Veranstaltungen von Bürgerinitiativen, Schulen oder Vereinen kostenlos zur Verfügung zu stellen.

Für kommerzielle Veranstaltungen sollte der Platz ebenso mit den ortsüblichen Gebührenerhebungen genutzt werden.

Die Stadtverwaltung sollte dafür Sorge tragen, dass das Parken auf dem Marktplatz in solchen Fällen verboten ist.

gez. Janny Armbruster
Fraktionsvorsitzende

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:



Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen? Ja Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Der Marktplatz am Kirchsteigfeld ist als zentraler Kiezplatz konzipiert und entwickelt worden. Er ist städteplanerisch dazu gedacht, als öffentlicher Raum für Veranstaltungen genutzt zu werden. Dies findet dort leider nicht statt, da der Marktplatz derzeit nur noch als Parkplatz genutzt wird. Die Einwohner im Kirchsteigfeld wünschen sich jedoch Gelegenheiten für kommunikative Zusammenkünfte. Dazu würde sich der Marktplatz gut anbieten.



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

18/SVV/0060

öffentlich

Betreff:

Digitale Bildung zukunftsweisend gestalten

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Erstellungsdatum 16.01.2018

Eingang 922:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung Gremium

Zuständigkeit

31.01.2018

Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt ein gemeinsames Unternehmen für einen besseren Zugang zu digitaler Bildung zu gründen, in Kooperation mit interessierten benachbarten Kommunen und/oder Landkreisen. Ziel dieses Unternehmens soll es sein, für IT an Schulen schulspezifische Konzepte zu entwickeln sowie eine übergreifend genutzte Cloud für den kostengünstigen Zugang zu digital dargestellten Bildungsinhalten zu ermöglichen („Bildungscloud“).

gez. Janny Armbruster
Fraktionsvorsitzende

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:



Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen? Ja Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Whiteboards und das Internet, die Nutzung von Smartphones und Laptops verändern unsere Bildungslandschaft derzeit rasant. Der digitale Zugang zu Bildung gewinnt zunehmend an Bedeutung, die Bereitstellung der nötigen Technik und Einrichtungen verursacht hohe Kosten. Deshalb muss dem Einkauf von Hardware usw. eine strategische Planung und schulspezifische Konzeptentwicklung für den Einsatz von IT an Schulen vorangehen, um Gelder gezielt und effektiv einsetzen zu können.

Ohne eine Bildungscloud muss sich jede Schule selbst um die Inhalte kümmern, obwohl landesweit einheitliche Lehrpläne verpflichtend sind. Um Schulen mit digitalen Bildungsinhalten zu versorgen, muss nicht jede Kommune eine eigene Bildungscloud vorhalten. Eine Vernetzung erscheint sowohl inhaltlich, insbesondere im Bereich von Berufsschulen oder weiterführenden Schulen, als auch im Hinblick auf die entstehenden Kosten sinnvoll und effizient.

Gemeinsam mit benachbarten Kommunen/Landkreisen lässt sich kostengünstig ein zukunftsweisendes und ausbaufähiges Projekt zu digitaler Bildung zu realisieren.

ANLAGE:

„ucloud4schools“, Artikel aus der Fachzeitschrift Computer + Unterricht 106/2017 zum Beispiel einer überregionalen Bildungscloud im Rheinischen Revier.

ucloud4schools



Überblick

Schulform: berufliche Schulen (duale Ausbildung)

Hardware: mobile und stationäre Endgeräte; Breitband-Internetverbindung, WLAN

Software/Inhalte: Einbindung von gängigen LMS, Content und Software

Zugang zu Online-Diensten: Plattform „ucloud4schools“

Support: regio IT GmbH

Weitere Informationen: <http://www.regioit.de/produkte-leistungen/it-service-fuer-schulen/cloud-loesung-fuer-schulen.html>
(Informationen zur Schulcloud der regio IT GmbH)

► Vernetzung bietet Chancen

Eine Bildungscloud für die berufliche Bildung in der Region Rheinisches Revier

Von Dieter Rehfeld

Spätestens seit dem IT-Gipfel im November 2016 hat das Thema „Cloud-Computing“ die Schulen erreicht. Bundesbildungsministerin Johanna Wanka stellte dort die „Schulcloud“ vor – eine zukunftsorientierte Lösung, mit der Schülerinnen und Schüler flächendeckend neueste und professionell gewartete Software nutzen können. Die Lehrkräfte werden in diesem Ansatz von der Hardwarebeschaffung und -pflege entlastet, Lerninhalte überall und jederzeit verfügbar auf zentralen Servern im Rechenzentrum vorgehalten. Experten kümmern sich um Datensicherheit und Datenschutz. Auch wenn rund um die Schulcloud noch viele Fragen unbeantwortet sind, gerade auch zur Finanzierung, ist damit das Thema „Cloud-Computing“ als Lösungsansatz für die Versorgung der Schulen mit digitalen Bildungsinhalten endlich auf der politischen Tagesordnung der Bundespolitik angekommen. Neu ist das Thema jedoch nicht. Bereits in einem vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie geförderten Projekt rund um vertrauenswürdige und sichere Cloud-Computing-Lösungen (Trusted Cloud) hatte die regio IT GmbH¹ die Möglichkeit, einen ersten Prototypen für das digitale Arbeiten von Schulen in der Cloud zu entwickeln.

Eine „Bildungscloud“ für berufliche Schulen

Das Projekt „Bildungscloud“ sollte die Potenziale des Cloud-Computings

für Schulen nutzbar machen. Der erste Prototyp wurde gemeinsam mit Schulen der Innovationsregion Rheinisches Revier zu einer Bildungscloud für die berufliche Bildung mit Schwerpunkt in der dualen Ausbildung weiterentwickelt. Den Schulen, die über ihre Schulträger Kunden der regio IT GmbH sind, steht diese Bildungscloud schon heute zur Verfügung.

Funktionalitäten

Die Funktionen der Bildungscloud umfassen dabei Dateiablage und Kooperationsmöglichkeiten, um sich zwischen Schülern, Lehrkräften, Schulleitungen und -verwaltungen und Eltern auszutauschen (detaillierter im Kasten auf S. 23). Die Bildungscloud umfasst zudem Servicefunktionen wie Kalender, E-Mail, News und Dokumentenversionierung.

Datenschutz

Die auszutauschenden Daten liegen in einem sicheren, zertifizierten kommunalen Rechenzentrum (zum Datenschutz s. a. den Kasten unten). Eine Datensynchronisierung findet kontinuierlich statt, sodass stets auch über Smartphone oder Tablet aktuelle Inhalte abrufbar sind.

Lernmanagementsysteme und Software
Auch ist diese Cloud so konzipiert, dass über ein Single Sign-On alle gängigen Lernmanagementsysteme einfach eingebunden werden können. Mithin bietet die Cloud die Möglichkeit, Fotos, Filme, Dokumente und Präsentationen in einem sicheren System zu nutzen. Zudem ist die Bildungscloud der regio IT in der Lage, auch Fachsoftware für den Unterricht einzubinden – gerade für die Berufskollegs ist dies von be-

Rechtlicher Rahmen: Sicherheit in der regio-IT-Bildungscloud

Die üblichen hierarchischen Strukturen der IT-Landschaft gibt es in der regio-IT-Bildungscloud „ucloud4schools“ nicht. Die Anwendungen – kombiniert mit flexiblen Verfügbarkeiten und Rechnerkapazitäten – werden sofort und bedarfsgerecht über einen sicheren Internetzugang bereitgestellt. Die Daten aus der Cloud liegen im sicheren, nach ISO 27001 zertifizierten, Rechenzentrum der regio IT in Nordrhein-Westfalen und sind damit datenschutzrechtlich optimal gehostet, hochverfügbar und maximal geschützt.

sonderer Bedeutung. Im Rahmen der dualen Ausbildung kann so auch auf der Fachsoftwareebene eine Kooperation zwischen Schule und Betrieb stattfinden.

Die mit der Bildungscloud für die berufliche Bildung verbundene Zielsetzung beinhaltet ferner, künftig auch pädagogisch aufbereitete und geprüfte Fachsoftware, die in der dualen Ausbildung vielfältig eingesetzt wird, von zentralen Rechenzentren in Form von Cloud-Lösungen anzubieten.

Die Berufskollegs sind als Bildungseinrichtung mittelständische Unternehmen und verfügen grundsätzlich über eine umfangreiche Ausstattung an Hardware (Endgeräte und Server). Dieser dezentrale Betrieb wird in der Regel in allen 8.789 Berufskollegs in Deutschland vorgehalten.

Vernetzung

Darüber hinaus fördert die Bildungscloud der regio IT das individuelle Lernen sowie das Lernen organisationsübergreifend zwischen verschiedenen Schulen und Betrieben durch Distance Learning über Videokonferenzsysteme. Die Netzwerkfähigkeit der Schüler wird also durch die Technik einer Schulcloud entscheidend unterstützt.

Technische Voraussetzungen

Zwingend erforderlich ist, dass alle Schulen über einen Breitbandanschluss verfügen. Um hier zukunftssicher zu sein, wäre eine Glasfaser-Offensive in Richtung Schulen die beste Lösung. Dies ist vor allem dann unverzichtbar, wenn das auf dem IT-Gipfel propagierte Ziel, die Nutzung eigener Geräte (Bring Your Own Device), Realität werden soll. Denn um dieses Ziel zu erreichen, ist es weiterhin im investiven Bereich erforderlich, alle Schulen mit einer ausreichenden WLAN-Kapazität zu verbinden. Auch heute noch ist es Realität, dass große Schuleinrichtungen ein WLAN-Konzept aufbauen, aber nicht über die erforderliche Breitbandanbindung verfügen. Gut gemeinte Investitionen laufen so ins Leere, da keine Gesamtstrategie verfolgt und umgesetzt wird.

Auch muss entschieden werden, ob nicht zukünftig ein geeignetes Endgerät (Smart Device) zur Grundausstattung eines jeden Schülers gehören sollte. Durch die Nutzung von Bildungscloud-Lösungen kann bei der Beschaffung von gedruckten Büchern gespart werden. Dies setzt Ressour-

Funktionalitäten: Wissen teilen – Informationen austauschen – Daten zentral verwalten

Die ucloud4schools bietet eine sinnvolle Erweiterung für die **Unterrichtsgestaltung** und hilft dabei, die Organisation und Kommunikation im **Verwaltungsbereich** von Bildungseinrichtungen erheblich zu vereinfachen und Ressourcen zu schonen.

Das kann die ucloud4schools:

- ▶ Dateiaustausch: persönliche und gemeinsame Inhalte erstellen, bearbeiten und verwalten
- ▶ Dokument-Versionierung mit sauberer Dokumentation
- ▶ Daten-Synchronisierung mit sicherem Online-Speicher und Datei-Upload
- ▶ Kommunikation mit Mailsystem, das die Integration der dienstlichen Postfächer ermöglicht
- ▶ Kalenderfunktion
- ▶ klares Berechtigungskonzept
- ▶ News-Funktion für schulweite Ankündigungen
- ▶ Dashboard für den Desktop
- ▶ Ressourcenbuchung
- ▶ Anbindung gängiger Lernmanagement-Systeme ohne erneute Eingabe der Zugangsdaten (Single Sign-on)
- ▶ weitere Services und Apps wie dudle, Etherpad, moodle, Videokonferenz, Wiki ...

cen frei, um in Zusammenarbeit mit den Schulbuchverlagen eine zukunftsorientierte und zeitgemäße Versorgung mit digitalen Bildungsinhalten sicherzustellen.

„ucloud4schools“ in der Praxis: Einsatz in Schulen der Stadt Köln

Die über 250 Schulen der Stadt Köln nutzen „ucloud4schools“ der regio IT GmbH. Dabei rücken der Ausbau und die Förderung des mobilen Lernens sowie der Umgang mit digitalen Medien zunehmend in den Fokus der Schul- und Bildungspolitik der Stadt Köln, die sich als Vorreiter für innovative digitale Bürgerdienste sieht. Das gemeinsame Pilotprojekt mit der regio IT ist bereits 2014 gestartet und soll sukzessive 2.200 Nutzer in die Cloud bringen. Andere Kommunen – wie der Kreis Heinsberg oder die Stadt Hückelhoven – folgen, ebenso zwei Berufskollegs der Städte-Region Aachen.

tung, Integration, IT-Infrastruktur und Full-Service. Seit 15 Jahren ist das Unternehmen Partner für IT an Schulen: Aktuell betreut die regio IT rund 180 öffentliche Schulen aller Schulformen sowie ca. 15.000 Clients und 270 externe und 20 interne Server allein im Schulumfeld.

*Dieter Rehfeld,
Vorsitzender der Geschäftsführung der regio
IT GmbH.*

*Dieter.Rehfeld@regioit.de
Lombardenstraße 24
52070 Aachen*

Anmerkung

- (1) Die regio IT GmbH ist als IT-Dienstleister für Kommunen und Schulen, Energieversorger und Entsorger sowie Non-Profit-Organisationen tätig. Mit Sitz in Aachen und Niederlassung in Gütersloh bietet sie strategische und projektbezogene IT-Bera-



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

- Änderungsantrag
 Ergänzungsantrag
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

18/SVV/0060

 öffentlich**Einreicher:** Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**Betreff:** Digitale Bildung zukunftsweisend gestalten

Erstellungsdatum 20.02.2018

Eingang 922:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
22.02.2018	Ausschuss Bildung und Sport		X
07.03.2018	Stadtverordnetenversammlung		X

Neue Fassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, als Teil des IT-Masterplans ein zukunftsfähiges Konzept zum Thema "Digitale Bildung" zu erstellen. Ziel soll es sein, gemeinsam mit den Beteiligten (Schüler, Lehrer, Schulleiter*innen, Fachleuten) die spezifischen Bedarfe für zeitgemäße IT an Schulen zu ermitteln und in entsprechenden Maßnahmen mit Kostenangaben und einer realistischen Zeitschiene zur Umsetzung darzustellen. Im Konzept ist auch zu klären, auf welche Weise Schulen Zugang zu einer übergreifend genutzten "Bildungscloud" erhalten können, in der Bildungsinhalte digital abgerufen werden können (Land Brandenburg, kommunales Unternehmen, externer Anbieter u.a.).

Begründung:

Whiteboards und das Internet, die Nutzung von Smartphones und Laptops verändern unsere Bildungslandschaft derzeit rasant. Der digitale Zugang zu Bildung gewinnt zunehmend an Bedeutung, die Bereitstellung der nötigen Technik und Einrichtungen verursacht hohe Kosten. Deshalb muss dem Einkauf von Hardware usw. eine strategische Planung und schulspezifische Konzeptentwicklung für den Einsatz von IT an Schulen vorangehen, um Gelder gezielt und effektiv einsetzen zu können.

Ohne eine Bildungscloud muss sich jede Schule selbst um die Inhalte kümmern, obwohl landesweit einheitliche Lehrpläne verpflichtend sind. Um Schulen mit digitalen Bildungsinhalten zu versorgen, muss nicht jede Kommune eine eigene Bildungscloud vorhalten. Eine Vernetzung erscheint sowohl inhaltlich, insbesondere im Bereich von Berufsschulen oder weiterführenden Schulen, als auch im Hinblick auf die entstehenden Kosten sinnvoll und effizient.

Gemeinsam mit Partnern wie z.B. benachbarte Kommunen/Landkreise, Bildungsministerium, HPI usw. kann der Prozess hin zur digitalen Bildung gelingen und gemeinsam auch kostengünstiger umgesetzt werden.

ANLAGE:

„ucloud4schools“, Artikel aus der Fachzeitschrift Computer + Unterricht 106/2017 zum Beispiel einer überregionalen Bildungscloud im Rheinischen Revier.

Unterschrift



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

18/SVV/0061

öffentlich

Betreff:

Grundschüler für ÖPNV begeistern

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Erstellungsdatum 16.01.2018

Eingang 922:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung Gremium

Zuständigkeit

31.01.2018 Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, gemeinsam mit dem VIP ein „Begrüßungspaket für Grundschüler“ zu schnüren. Damit soll die Entscheidung der Eltern, ihre Kinder mit öffentlichen Verkehrsmitteln von und zur Schule fahren zu lassen, erleichtert werden. Denkbar wären zwei Wochen kostenlose Testfahrt für Grundschüler zu Schulbeginn, die Erstellung eines individuellen Fahrplans für jeden Schüler, der Hinweis auf geringe Kriminalitätsraten in öffentlichen Verkehrsmitteln u.v.m. in Verbindung mit den bereits bestehenden Trainingsangeboten für das Bus- und Bahnfahren.

Das „Begrüßungspaket“ für Schüler und Eltern sollte zum Beginn des Schuljahres 2018/2019 vorliegen.

gez. Janny Armbruster
Fraktionsvorsitzende

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:



Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Vor den Potsdamer Grundschulen stauen sich werktags allmorgendlich die PKWs. Viele Eltern trauen ihren Kindern nicht mehr zu - oder haben auch ein hohes Verwöhn- und Sicherheitsbedürfnis - alleine den Schulweg zu meistern und bringen sie mit dem Auto zur Schule. Um morgens und nachmittags gefährliche Verkehrssituationen vor den Grundschulen zu vermeiden, ist es unvermeidbar, mehr Grundschüler*Innen für den ÖPNV zu begeistern. Mit einer PR-Kampagne kann auch der Angst der Eltern begegnet werden, ihrem Kind könnte am Schulweg etwas zustoßen.



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

- Änderungsantrag
 Ergänzungsantrag
 Neue Fassung

zur Drucksache Nr.

18/SVV/0061

 öffentlich**Einreicher:** Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**Betreff:** Grundschüler für den öPNV begeistern

Erstellungsdatum 28.02.2018

Eingang 922:

07.03.2018

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
07.03.2018	Stadtverordnetenversammlung		X

Neue Fassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, gemeinsam mit den Verkehrsbetrieben Potsdam zu prüfen, wie die Eltern schulpflichtiger Kinder glaubhaft überzeugt und dafür begeistert werden können, ihren Kindern nach Möglichkeit das Zurücklegen des eigenen Schulweges unter Nutzung des städtischen öPNV zu ermöglichen. Dazu sind von Seiten der Stadt Maßnahmen aufzuzeigen, die ihrer Art nach geeignet sind, das subjektive Sicherheitsgefühl im städtischen öffentlichen Personennahverkehr zu steigern und das Vertrauen in die Verlässlichkeit und Sicherheit der ViP zu stärken. Ziel muss es dabei sein, Schüler und Eltern von den Vorteilen einer Nutzung des öPNV zu überzeugen!

Begründung:

Eine inhaltlich glaubhaft kommunizierte Kampagne, deren Argumentation und Ziele gleichzeitig durch begleitendes und erlebbares objektives Handeln umgesetzt werden, scheint geeignet, das subjektive Sicherheitsgefühl unter den Nutzerinnen und Nutzern des städtischen öPNV, insbesondere der Kinder, zu stärken. Begleitend denkbar sind Flyer für Schulanfänger, ein Bonus für neue Schüler-Abonnenten sowie die Intensivierung der bereits angebotenen Übungsfahrten mit Bus und Bahn u.v.m.. Mit guten Argumenten sollen Schüler und ihre Eltern von den Vorteilen öffentlicher Verkehrsmittel (Fahrplan-App, günstiges Schülerticket, Unterstützung der Entwicklung eigener Selbständigkeit der Kinder, ...) überzeugt werden. Darüber hinaus ist bei Erkennen eines Bedarfes auch ein praxisnahes Konzept zu entwickeln und als Bestandteil in das Schulwegsicherungskonzept zu integrieren, welches das subjektive Sicherheitsgefühl von Grundschulern bei Nutzung des öPNV deutlich stärkt. Dazu soll u.a. geprüft werden, ob durch den temporären Einsatz von „Sicherheitspaten“ (Ehrenamtliche/ Rentner/ ViP-Lotsen o.ä.) an öffentlichen Haltestellen und in gekennzeichneten Bereichen der TRAM oder des Busses, das subjektive Sicherheitsgefühl verbessert werden kann. Zudem sollte auf das Instrument der technischen Fahrgastüberwachung als präventives und unterstützendes Element einer sicheren Nutzung des städtischen öPNV stärker und plakativer hingewiesen werden.

Unterschrift



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

18/SVV/0063

öffentlich

Betreff:

Denkmal für die Friedliche Revolution in Potsdam zum 30. Jahrestag der Demonstration vom 4. November 1989

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Erstellungsdatum 16.01.2018

Eingang 922:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
31.01.2018	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, auf Grundlage des beigefügten Konzepts (s. Anlage), ein Finanzierungskonzept über 120.000 EURO aufzustellen, ggf. Drittmittel zu erschließen.

In einem Werkstattverfahren sollen die beiden prinzipiell denkbaren Gestaltungsalternativen (Bodenplatten und/oder Gestaltung von vier Bänken an der Fontäne) konkretisiert, diskutiert und schließlich eine Entscheidung herbeigeführt werden. Dabei sind neben Vertretern von Verwaltung und Gestaltungsrat auch engagierte BürgerInnen und Mitglieder der AG „Denkmal für die Friedliche Revolution in Potsdam“ einzubeziehen.

Das Denkmal soll zum 30. Jahrestag der Friedlichen Revolution 2019 fertiggestellt werden.

Über die Zwischenschritte sind der Hauptausschuss, der Kulturausschuss, der Finanzausschuss und der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr zu informieren.

gez. Peter Schüler
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:



Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen? Ja Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgebblätter beifügen

Begründung

Mit der Demonstration am 4. November 1989 wurde deutlich, dass die Friedliche Revolution in der DDR große Massen der Bevölkerung erfasst hatte. Auf dem Luisenplatz, auf dem die Demonstration begann, soll die Erinnerung an dieses wichtige Ereignis in der Demokratiegeschichte des Landes und der Stadt sichtbar werden.

Im Jahr 2013 entwickelte Heike Roth vom Forum zur kritischen Auseinandersetzung mit DDR-Geschichte im Land Brandenburg e.V. zusammen mit der ehemaligen Gedenkstätten-beauftragten für die Gedenkstätte Lindenstraße Gabriele Schnell gemeinsam das Projekt eines Erinnerungsortes für die Friedliche Revolution auf dem Luisenplatz. Der Platz war Ausgangs- und Endpunkt der größten Demonstration gegen die SED-Herrschaft in Potsdam am 4. November 1989.

Verschiedene Vorstöße - beim Oberbürgermeister Jann Jakobs, der Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur Ulrike Poppe und anderen Einrichtungen des Landes - erbrachten durchweg Zustimmung. Dank des Engagements von Matthias Finken (CDU) gelang es Ende des Jahres 2014, die Stadtfraktionen der damaligen Rathauskooperation, bestehend aus SPD, CDU und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, von dem Projekt zu überzeugen. Gemeinsam wurde ein Prüfauftrag zur Realisierung des Denkmalprojektes formuliert im Januar 2015 in die SVV eingebracht und von dieser mehrheitlich beschlossen. In der Begründung heißt es: „Das Denkmal für die Friedliche Revolution 1989 würdigt die Bedeutung der vielen Oppositionsgruppen, die es damals in Potsdam gab. An der Demonstration am 4. November 1989 haben sich zahlreiche Bürgerinnen und Bürger aus Potsdam und dem Umland beteiligt und damit einen wichtigen Beitrag zur deutschen Geschichte – letztendlich zur Verwirklichung der deutschen Einheit – geleistet.“

Eine AG, der neben der Initiatorin Heike Roth der wissenschaftliche Mitarbeiter der LHP für Erinnerungskultur Tobias Büloff, der Historiker Dr. Peter Ulrich Weiß vom Zentrum für Zeit-historische Forschung, Vertreterinnen und Vertretern der Stadtfraktionen, der Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der Folgen der Kommunistischen Diktatur, der Gedenkstätte „Lindenstraße“, damalige Bürgerrechtler sowie Zeitzeugen angehörten, hat sich mit Fragen der Umsetzung befasst und den Prüfauftrag erfüllt. Rücksprachen mit den zuständigen Ämtern und Behörden sowie den Gestaltern des Luisenplatzes, dem Berliner Büro Lützwow 7, haben ergeben, dass sich das Projekt umsetzen lässt. Der Fachbereich Kultur und Museum setzt sich im Sinne des Konzepts zur Erinnerungskultur der LHP für die Realisierung ein. Die städtische Erinnerungskultur soll die Spuren verschiedener Zeitschichten im Stadtbild erhalten und durch Installationen im öffentlichen Raum sichtbar machen.

ANLAGE: Konzept

ANLAGE: Konzept

Die ursprüngliche Idee aus der Projektskizze, das Denkmal in Form von über den Platz verteilten Tafeln ebenerdig zu installieren, wird durch die Option, vier Bänke/Sitzgelegenheiten an den Ecken des Fontänenplatzes aufzustellen und deren Oberfläche dem Thema entsprechend zu gestalten, erweitert. Die finale gestalterische Lösung soll durch ein Werkstattverfahren entschieden werden. Die Realisierung wird bis zum Herbst 2019 angestrebt.

Das Projektvorhaben erfüllt folgende Kriterien für die Umsetzung:

- × Aufgabenverständnis (Flächenhaftigkeit der Installation/ Prüfung der Bankvariante, Darstellbarkeit der Größe der Demonstration/ konkreter Bezug auf den 4.11.1989/ Materialität/ didaktische Vermittlung/ Ort der Erinnerung und Verständigung über demokratische Grundwerte)
- × Berücksichtigung des Denkmalschutzes und Funktionalität des Luisenplatzes
- × Bürgerbeteiligung
- × Wirtschaftlichkeit

Historischer Hintergrund

In Potsdam gab es so viele Oppositionsgruppen wie in keiner anderen Stadt Brandenburgs, mit einem sehr breiten Spektrum. Auf den Straßen Potsdams blieb es im Herbst 1989 dennoch lange ruhig. Eine Protestdemonstration mit 2000 Teilnehmern am 40. Jahrestag der DDR am 7. Oktober 1989 löste die Polizei gewaltsam auf und nahm zahlreiche Teilnehmer fest. Gegen dieses Vorgehen wurden Stimmen laut. Immer mehr Bürgerinnen und Bürger engagierten sich in Bürgerbewegungen wie dem Neuen Forum und nahmen an regimiekritischen Veranstaltungen in den Kirchen teil. Seine erste Demonstration plante das Neue Forum für den 4. November. An diesem Tag strömten mehrere Zehntausend Menschen zum Platz der Nationen (heute Luisenplatz) und demonstrierten für Veränderungen in der DDR. Es war im Verhältnis zur Einwohnerzahl eine der größten Demonstrationen in ostdeutschen Großstädten während der Herbstrevolution. Vom Balkon einer Privatwohnung am Platz der Nationen sprachen die Pastorin Annette Flade, der Gärtner Olaf Grabner und der Physiker Reinhard Meinel gegen 14 Uhr zu den Versammelten. Anders als noch beim Protest am 7. Oktober, ragten aus der Menge jetzt auch Transparente mit Aufschriften wie „Freie Wahlen“, „Stasi raus aus den Betrieben“ etc. heraus. Sprechchöre forderten die Zulassung von oppositionellen Parteien und Bewegungen und mehr Demokratie. Der Demonstrationszug bewegte sich vom Platz der Nationen über die Wilhelm-Külz-Straße (heute Breite Straße) und den Platz der Einheit, vorbei an der Bezirksverwaltung des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR in der Hegelallee zurück zum Ausgangspunkt. In diesem Tag blieb es friedlich.

Im Rückblick stellte die Veranstaltung vom 4. November das Ereignis der Friedlichen Revolution dar, an dem sich die meisten Potsdamerinnen und Potsdamer beteiligten und bei der die lokale Oppositionsszene mit zehntausenden Bürgern zu einer Massenprotestbewegung verschmolz. Bilder und Filmaufnahmen von diesem Tag zeigen die Anspannung und Aufregung der Beteiligten, aber auch eine Atmosphäre der Gelöstheit und der Freude.

Das Denkmal auf dem Luisenplatz

Heute ist der Luisenplatz ein stark frequentierter Stadtplatz, den viele Besucherinnen und Besucher des Parks Sanssouci überqueren, der mit seiner Brunnenanlage und der Bepflanzung aber auch zum Verweilen einlädt. Das Denkmal an diesem Ort möchte zum - vielleicht eher zufälligen - Entdecken einladen und so zum Nachdenken über die 1989 von Potsdamerinnen und Potsdamern geäußerten Forderungen und darüber hinaus über die Grundlagen der Demokratie generell anregen.

Wie es das historische Foto- und Filmmaterial belegt, wird an diesem Tag auf einer Vielzahl von Transparenten ein breites Spektrum an Forderungen zum Ausdruck gebracht. Besonders prominent ist eine Aufnahme des Fotografen Bernd Blumrich, das die

Menschenmenge auf dem heutigen Luisenplatz zeigt. Es ist vom Standort der Rednerinnen und Redner aufgenommen. In starker Vergrößerung ist es Bestandteil der Dauerausstellung in der Potsdamer Gedenkstätte Lindenstraße.

Das Denkmal möchte die enormen Ausmaße der für Demokratie und Bürgerechte demonstrierenden Menschenmenge und die Vielfalt ihrer Losungen zeigen, indem es ausgewählte Standorte einzelner Transparente auf dem Luisenplatz markiert, entweder mittels in den Boden eingelassener Tafeln oder an den Bänken aufgedruckte Bildwirkungen. Der Vergleich mit einem archäologischen Fester, das die Sicht auf eine bestimmte historische Epoche der Stadtgeschichte freilegt, liegt nahe, aber alternativ könnten die Bänke einen direkten und lebensnahen Zugang zur Geschichte eröffnen.

Folgende Namen stehen für das Denkmalprojekt zur Diskussion:

- „Aufbruch 89“
Ort der Erinnerung an die Demonstration für Demokratie und Reformen am 4. November 1989
- „Demokratie – Jetzt oder nie!“
Denkmal für die Friedliche Revolution in Potsdam
- „Aufbruch 89“
Denkmal für die Potsdamer Demokratiebewegung vom Herbst 1989
- „Demokratie – Jetzt oder nie!“
Denkmal für die Bürgerbewegung 1989 in Potsdam



Stadtverordnetenversammlung
der
Landeshauptstadt
Potsdam

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

18/SVV/0069

öffentlich

Betreff:

Oberbürgermeisterwahl 2018

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Erstellungsdatum 16.01.2018

Eingang 922:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung

Gremium

Zuständigkeit

31.01.2018

Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, umgehend einen Verhaltenskodex für Angehörige der Verwaltung, die für das Oberbürgermeisteramt kandidieren, aufzustellen und ein Reglement für die Nutzung städtischer Einrichtungen beim Oberbürgermeisterwahlkampf vorzulegen.

Dem Hauptausschuss ist am 14. Februar 2018 Bericht zu erstatten.

gez. Peter Schüler
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:



Termin: 14.02.2018

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen? Ja Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Als oberster Verwaltungsbeamter hat der Oberbürgermeister für ein faires und transparentes Verfahren Sorge zu tragen.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung / Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom
14.02.2018
- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 3.1 Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt Potsdam 2018/2019
 - 3.1.1 Bürgerhaushalt Potsdam 2018/19 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger",
Nummer 3: Keine städtische Förderung für Religionsprojekte
Vorlage: 17/SVV/0821
Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
 - 3.1.2 Bürgerhaushalt Potsdam 2018/19 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger",
Nummer 8: Kostenloser öffentlicher Nahverkehr für Potsdam
Vorlage: 17/SVV/0826
Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
 - 3.1.3 Bürgerhaushalt Potsdam 2018/19 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger",
Nummer 11: Rechenzentrum langfristig sichern (Aussetzung Sanierungsziel
"Abriss")
Vorlage: 17/SVV/0829
Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
 - 3.1.4 Bürgerhaushalt Potsdam 2018/19 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger",
Nummer 14: Festanstellungen und Honorarerhöhung für Kursleiter der
Volkshochschule
Vorlage: 17/SVV/0835
Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
 - 3.2 Norden Potsdams fährt weiter mit dem Bus zum Hauptbahnhof
Vorlage: 17/SVV/0979
Winfried Sträter, Ortsvorsteher Groß Glienicke
 - 3.3 Marktplatz im Kirchsteigfeld
Vorlage: 18/SVV/0053
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
 - 3.4 Digitale Bildung zukunftsweisend gestalten
Vorlage: 18/SVV/0060
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

- 3.5 Grundschilder fdr OPNV begeistern
Vorlage: 18/SVV/0061
Fraktion Bfindnis 90/Die Grfinden
- 3.6 Denkmal fdr die Friedliche Revolution in Potsdam zum 30. Jahrestag der
Demonstration vom 4. November 1989
Vorlage: 18/SVV/0063
Fraktion Bfindnis 90/Die Grfinden
- 3.7 Oberbdrgermeisterwahl 2018
Vorlage: 18/SVV/0069
Fraktion Bfindnis 90/Die Grfinden
(zur Erledigung)
- 4 Verstdndigung zur Einwohnerfragestunde
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 5.1 Berichterstattung Potsdamer Tafel
gemdf Bschluss: 18/SVV/0056
- 6 Sonstiges

Nicht ffentlicher Teil

- 7 Feststellung der nicht ffentlichen Tagesordnung / Entscheidung fiber
eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des nicht ffentlichen Teils
der Sitzung vom 14.02.2018
- 8 Verkauf eines Grundstfcks in Potsdam, Kirschallee
Vorlage: 18/SVV/0105
Oberbdrgermeister, Fachbereich Rechnungswesen und Steuern
- 9 Mitteilungen der Verwaltung
- 9.1 Stand der kommunalen Immobilienverkdfufe 2017 zum 31.12.2017
Vorlage: 18/SVV/0123
Oberbdrgermeister, Fachbereich Rechnungswesen und Steuern
- 9.2 Kita-Beitragsordnung
Oberbdrgermeister (mit Feststellung der TO ergdnzt)
- 10 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung.

zu 2 **Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 14.02.2018**

Der Oberbürgermeister stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 13 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Hinsichtlich der vorliegenden öffentlichen Tagesordnung schlägt er folgende Änderungen vor:

Zurückstellen:

- Der **TOP 3.2, Norden Potsdams fährt weiter mit dem Bus zum Hauptbahnhof**, soll auf Wunsch des Antragsstellers zurückgestellt werden.
- Der **TOP 3.3, Marktplatz im Kirchsteigfeld**, soll zurückgestellt werden, da die Voten der Ausschüsse für Finanzen sowie für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung fehlen.
- Der **TOP 3.4, Digitale Bildung zukunftsweisend gestalten**, soll zurückgestellt werden, da das Votum des Ausschusses für Bildung und Sport fehlt.

Zurückziehen:

- Der **TOP 3.5, Grundschüler für ÖPNV begeistern**, wird durch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zurückgezogen

Gegen diese Änderungen in der Tagesordnung erhebt sich kein Widerspruch.

Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig **bestätigt**.

Die Niederschrift des öffentlichen Teils der 72. Sitzung des Hauptausschusses vom 14.02.2018 wird mit Stimmenmehrheit, bei 3 Stimmenthaltungen **bestätigt**.

zu 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 3.1 Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt Potsdam 2018/2019

zu 3.1.1 Bürgerhaushalt Potsdam 2018/19 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 3: Keine städtische Förderung für Religionsprojekte Vorlage: 17/SVV/0821

Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

Der Oberbürgermeister führt in den Tagesordnungspunkt ein und erklärt, dass die Ausschüsse für Gesundheit, Soziales und Inklusion, für Kultur und Wissenschaft und für Finanzen den Antrag abgelehnt haben. Da es keinen weiteren Gesprächsbedarf gibt, wird der Antrag anschließend zur Abstimmung gestellt:

Beschlussvorschlag:

Die Landeshauptstadt Potsdam stellt keine finanziellen Mittel für die Förderung von religiösen Projekten oder Aktivitäten zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig abgelehnt.

**zu 3.1.2 Bürgerhaushalt Potsdam 2018/19 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 8: Kostenloser öffentlicher Nahverkehr für Potsdam
Vorlage: 17/SVV/0826**

Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

Der Oberbürgermeister führt in den Tagesordnungspunkt ein und übergibt das Wort an Herrn Exner, Beigeordneter des Geschäftsbereichs Zentrale Steuerung und Finanzen. Herr Exner erklärt, dass der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr den Antrag abgelehnt habe. Der Ausschuss für Finanzen habe einstimmig zu folgendem, geänderten Beschlusstext zugestimmt:

Die Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs in der Landeshauptstadt Potsdam ist kostenlos.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in der AG Bürgerticket (vgl. 17/SVV/0612) die kostenlose Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs in Potsdam zu prüfen.

Frau Dr. Müller schlägt vor, den Beschlusstext um eine Terminstellung bis Dezember 2018 zu ergänzen:

Das Ergebnis der Prüfung ist der Stadtverordnetenversammlung im Dezember 2018 vorzulegen.

Das Plenum stimmt dieser Ergänzung zu. Da es keinen weiteren Diskussionsbedarf gibt, wird die geänderte Fassung des Ausschusses für Finanzen mit der ergänzten Terminstellung bis Dezember 2018 im Anschluss zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in der AG Bürgerticket (vgl. 17/SVV/0612) die kostenlose Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs in Potsdam zu prüfen.

Das Ergebnis der Prüfung ist der Stadtverordnetenversammlung im Dezember 2018 vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:
mit Stimmenmehrheit angenommen,
bei einer Gegenstimme.

zu 3.1.3 Bürgerhaushalt Potsdam 2018/19 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 11: Rechenzentrum langfristig sichern (Aussetzung Sanierungsziel "Abriss")

Vorlage: 17/SVV/0829

Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

Herr Exner, Beigeordneter des Geschäftsbereichs Zentrale Steuerung und Finanzen, erklärt, dass der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr den Antrag abgelehnt habe. Im Ausschuss für Kultur und Wissenschaft sowie im Ausschuss für Finanzen sei der Antrag zurückgestellt worden. Der Oberbürgermeister schlägt deshalb vor, den Antrag auch im Hauptausschuss bis zur Auswertung des Szenario Workshops im April 2018 zurückzustellen.

Herr Heuer bemerkt, dass es ein Novum sei, wenn ein Antrag aus dem Bürgerhaushalt nicht zusammen mit dem Haushalt in der Stadtverordnetenversammlung entschieden werden würde. Herr Dr. Scharfenberg sieht dies problematisch und empfiehlt, die Drucksache zu beschließen. Herr Kolesnyk betont, dass die Auswirkungen des Antrags keinen Einfluss auf den Doppel-Haushalt 2018/2019 hätten. Eine Zurückstellung des Antrags sei deshalb möglich. Herr Schüler stimmt dem zu und ergänzt, dass der Antrag so nicht beschlossen werden könne. Auch er empfehle deswegen die Zurückstellung des Antrags.

Der Oberbürgermeister stellt die Zurückstellung des Antrages im Anschluss zur Abstimmung:

Abstimmungsergebnis:

mit Stimmenmehrheit angenommen,
bei 2 Gegenstimmen.

Der Antrag wird zurückgestellt, bis die Auswertung des Szenario Workshops im April 2018 vorliegt.

zu 3.1.4 Bürgerhaushalt Potsdam 2018/19 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 14: Festanstellungen und Honorarerhöhung für Kursleiter der Volkshochschule

Vorlage: 17/SVV/0835

Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

Herr Exner, Beigeordneter des Geschäftsbereichs Zentrale Steuerung und Finanzen, erläutert, dass der Ausschuss für Bildung und Sport den Antrag ungeändert beschlossen habe. Der Ausschuss für Kultur und Wissenschaft habe folgendem, geänderten Beschlusstext einstimmig zugestimmt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob für Für Kursleitende mit einer hohen Anzahl von Unterrichtsstunden ~~würden~~ Teilzeit- oder Vollzeitstellen geschaffen werden können und ob—Für für andere Kursleitende wird eine Erhöhung des Honorars nach den Maßgaben des BAMF für Lehrkräfte von Integrationskursen von 2016 vorgenommen werden kann. Weiterhin ~~sollen~~ soll geprüft werden, ob Kursleitende, in Abhängigkeit der Stundenzahl, stufenweise Zuschüsse von bis zu 50 % zu den Sozialbeiträgen sowie Krankengeld im Krankheitsfall und bezahlten Urlaub erhalten können.

Diesem geänderten Beschlusstext habe anschließend auch der Ausschuss für Finanzen einstimmig zugestimmt.

Frau Dr. Müller schlägt vor, auch diesen Prüfauftrag mit einer Terminstellung zu ergänzen. Frau Aabel, Beigeordnete des Geschäftsbereichs Bildung, Kultur und Sport, erklärt, dass ein Prüfergebnis im Juni 2018 vorgelegt werden könne:

Das Ergebnis der Prüfung ist der Stadtverordnetenversammlung im Juni 2018 vorzulegen.

Gegen diese Ergänzung erhebt sich kein Widerspruch. Anschließend wird die geänderte Fassung des Ausschusses für Kultur und Wissenschaft, die vom Ausschuss für Finanzen übernommen wurde, wird mit der ergänzten Terminstellung zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob für Kursleitende mit einer hohen Anzahl von Unterrichtsstunden Teilzeit- oder Vollzeitstellen geschaffen werden können und ob für andere Kursleitende eine Erhöhung des Honorars nach den Maßgaben des BAMF für Lehrkräfte von Integrationskursen von 2016 vorgenommen werden kann. Weiterhin soll geprüft werden, ob Kursleitende, in Abhängigkeit der Stundenzahl, stufenweise Zuschüsse von bis zu 50 % zu den Sozialbeiträgen sowie Krankengeld im Krankheitsfall und bezahlten Urlaub erhalten können.

Das Ergebnis der Prüfung ist der Stadtverordnetenversammlung im Juni 2018 vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

zu 3.2 Norden Potsdams fährt weiter mit dem Bus zum Hauptbahnhof
Vorlage: 17/SVV/0979
Winfried Sträter, Ortsvorsteher Groß Glienicke

zurückgestellt – bis zum nächsten Hauptausschuss

zu 3.3 Marktplatz im Kirchsteigfeld
Vorlage: 18/SVV/0053
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

zurückgestellt – Voten der Ausschüsse für Finanzen und für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung fehlen

zu 3.4 Digitale Bildung zukunftsweisend gestalten
Vorlage: 18/SVV/0060
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

zurückgestellt – Votum des Ausschusses für Bildung und Sport fehlt

zu 3.5 Grundschüler für ÖPNV begeistern

Vorlage: 18/SVV/0061

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Der Antrag wird durch die antragstellende Fraktion zurückgezogen.

zu 3.6 Denkmal für die Friedliche Revolution in Potsdam zum 30. Jahrestag der Demonstration vom 4. November 1989

Vorlage: 18/SVV/0063

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Der Oberbürgermeister führt in den Tagesordnungspunkt ein und übergibt das Wort an Frau Aibel, Beigeordnete des Geschäftsbereichs Bildung, Kultur und Sport. Frau Aibel stellt das Votum und die Änderung des Beschlusstextes aus dem Ausschuss für Kultur und Wissenschaft dar. Herr Dr. Scharfenberg ergänzt, dass die ursprüngliche Formulierung eine Prüfung beider Gestaltungsoptionen wolle. Die geänderte Fassung aus dem Ausschuss für Kultur und Wissenschaft wolle diese alternativ abwägen und anschließend nur eine Option umsetzen. Aus seiner Sicht wäre die Option der Gestaltung von Bänken die sinnvollere Alternative. Weiter müsse die Terminstellung im Auge behalten werden.

Der Oberbürgermeister bemerkt, dass eine Visualisierung der verschiedenen Optionen zur besseren Entscheidungsfindung sinnvoll sei. Diese sollen dann im Rahmen einer Werkstatt diskutiert werden. Im Anschluss stellt er die Änderung des Ausschusses für Kultur und Wissenschaft zur Abstimmung:

In einem Werkstattverfahren sollen die beiden prinzipiell denkbaren Gestaltungsalternativen (Bodenplatten ~~und~~ oder Gestaltung von vier Bänken an der Fontäne) konkretisiert, diskutiert und schließlich eine Entscheidung herbeigeführt werden.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen.

Die so geänderte Gesamtvorlage wird dann zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, auf Grundlage des beigefügten Konzepts (s. Anlage), ein Finanzierungskonzept über 120.000 EURO aufzustellen, ggf. Drittmittel zu erschließen.

In einem Werkstattverfahren sollen die beiden prinzipiell denkbaren Gestaltungsalternativen (Bodenplatten oder Gestaltung von vier Bänken an der Fontäne) konkretisiert, diskutiert und schließlich eine Entscheidung herbeigeführt werden. Dabei sind neben Vertretern von Verwaltung und Gestaltungsrat auch engagierte BürgerInnen und Mitglieder der AG „Denkmal für die Friedliche Revolution in Potsdam“ einzubeziehen.

Das Denkmal soll zum 30. Jahrestag der Friedlichen Revolution 2019 fertiggestellt werden.

Über die Zwischenschritte sind der Hauptausschuss, der Kulturausschuss, der Finanzausschuss und der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr zu informieren.

Abstimmungsergebnis:
mit Stimmenmehrheit angenommen,
bei einer Stimmenthaltung.

zu 3.7 **Oberbürgermeisterwahl 2018**

Vorlage: 18/SVV/0069

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (zur Erledigung)

Frau Armbruster setzt sich zu diesem Tagesordnungspunkt in den Zuschauerbereich, da sie selbst als Kandidatin bei der Oberbürgermeisterwahl 2018 antritt.

Herr Schüler bringt den Antrag im Namen seiner Fraktion ein. Der Oberbürgermeister spricht gegen den Antrag und betont, dass jedem Kandidierenden zur Oberbürgermeisterwahl klar sei, dass eine Trennung zwischen beruflicher Position und Wahlkampf zu erfolgen habe. Er sehe deshalb keinen weiteren Regelungsbedarf. Aufgrund des Aufwandes sei die Erstellung eines Verhaltenskodexes für Oberbürgermeisterkandidaten und -kandidatinnen zeitlich bis zur Wahl auch nicht zu schaffen.

Herr Finken sagt, dass der Ansatz grundsätzlich unterstützenswert sei, in der Praxis sei das Vorhaben jedoch nicht umsetzbar. Herr Heuer betont, dass der Beschluss der Drucksache nicht schaden, aber gleichzeitig auch nichts nützen würde. Herr Dr. Scharfenberg fragt nach dem Sinn der geplanten Regelung und wie dann noch Termine in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden sollen. Er betont, dass städtische Einrichtungen und Räume nicht einseitig durch Mitarbeitende der Verwaltung, die sich um das Amt des Oberbürgermeisters bewerben, genutzt werden sollten.

Der Oberbürgermeister ergänzt, dass man nicht verlangen könne, dass keine weiteren öffentlichen Termine mehr wahrgenommen werden. Die städtischen Räume und Einrichtungen stünden allen zur Verfügung.

Im Anschluss an die Diskussion wird die Drucksache zur Abstimmung gestellt:

Beschlussvorschlag:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, umgehend einen Verhaltenskodex für Angehörige der Verwaltung, die für das Oberbürgermeisteramt kandidieren, aufzustellen und ein Reglement für die Nutzung städtischer Einrichtungen beim Oberbürgermeisterwahlkampf vorzulegen.

Dem Hauptausschuss ist am 14. Februar 2018 Bericht zu erstatten.

Abstimmungsergebnis:
mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

zu 4 **Verständigung zur Einwohnerfragestunde**

Bezüglich der Einwohnerfragestunde in der 38. öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 07.03.2018 verständigt sich der Hauptausschuss auf folgendes Vorgehen:

Die **Frage 1** von Frau Bettina Schnor zum Thema „Digitale Erfassung des Zustandes der Straßen in der Landeshauptstadt zur Lokalisierung von Winterschäden“ wird durch Herrn Rubelt, Geschäftsbereich Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt beantwortet.

Die **Frage 2** von Herrn Jochen Heinrich zum Thema „Kita-Beitragssatzung/Kita-Beiträge“ wird durch Herrn Schubert, Geschäftsbereich Soziales, Jugend, Gesundheit und Ordnung beantwortet.

Die **Frage 3** von Herrn Dr. Gottfried Lindner zum Thema „Haus in der Großbeerenstraße/Ecke August-Bebel-Straße“ wird nicht beantwortet, da es sich hier um ein Privatgrundstück handelt. Dem Fragestellenden wird dies durch das Büro der Stadtverordnetenversammlung mitgeteilt.

Die **Frage 4** von Herrn Andreas Menzel zum Thema „Informationen der Verwaltung im Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung am 17.10.2013“ wird durch Herrn Rubelt, Geschäftsbereich Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt beantwortet.

Die **Frage 5** von Frau Dr. Sabine Albrecht zum Thema „Umgang mit Kunstwerken im öffentlichen Raum“ wird durch Frau Aibel, Geschäftsbereich Bildung, Kultur und Sport beantwortet.

Die **Frage 6** von Herrn Matthias Frey zum Thema „Weiteres Verfahren am Groß Glienicker Seeufer“ wird durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zu 5 **Mitteilungen der Verwaltung**

zu 5.1 **Berichterstattung Potsdamer Tafel gemäß Beschluss: 18/SVV/0056**

Herr Schubert, Beigeordneter des Geschäftsbereichs Soziales, Jugend, Gesundheit und Ordnung, berichtet mündlich über die erfolgte Vor-Ort-Begehung bei der Potsdamer Tafel. Durch die Tafel selbst sei kein Zelt, sondern eine feste Variante als Lösung gewünscht. Zur Umsetzung dieser bedürfe es jedoch des Einverständnisses der Stadtwerke Potsdam GmbH. Erste Kostenschätzung für die Umsetzung der gewünschten Variante läge bei etwa 30.000 Euro. Zur Umsetzung der Maßnahme seien 5 bis 6 Monate zu veranschlagen.

Herr Dr. Scharfenberg sagt, dass das Zelt nur eine Beispiellösung gewesen sei. Auf Grund des Zeitdrucks wäre eine Lösung ohne langwieriges Genehmigungsverfahren sinnvoll. Herr Schubert antwortet, dass ein Zelt in Verbindung mit Heizpilzen explizit nicht gewünscht sei. In der nächsten Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Inklusion soll das Thema noch einmal aufgegriffen werden.

Die Mitteilung wird im Anschluss **zur Kenntnis genommen.**

zu 6 Sonstiges